



Kantonale Steuerverwaltung
Steinbruchstrasse 18
7001 Chur

Sent, 30. November 2018

Vernehmlassung Steuervorlage 17

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Gelegenheit, zur Steuervorlage 17 Stellung nehmen zu können und lassen uns nachfolgend gerne dazu vernehmen.

Die SVP Graubünden hat sich intensiv mit der Vernehmlassung zur Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes und des Gemeinde- und Kirchensteuergesetzes betreffend die Unternehmensbesteuerung auseinandergesetzt.

Die SVP Graubünden begrüsst grundsätzlich die Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes und des Gemeinde- und Kirchensteuergesetzes betreffend die Unternehmensbesteuerung, sieht jedoch noch Verbesserungsbedarf, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Graubünden aufrechtzuerhalten und weiter zu fördern.

Bemerkungen zu den einzelnen Massnahmen:

Reduktion Gewinnsteuersatz	<p>Die Reduktion des Gewinnsteuersatzes ist das wichtigste Element in der Teilrevision der Unternehmensbesteuerung.</p> <p>Die Standortattraktivität des Kantons Graubündens hängt sehr stark davon ab, wie weit die Steuern für Unternehmen gesenkt werden können.</p> <p>Der heutige Satz der einfachen Steuer beträgt 5.5% und soll auf 4% reduziert werden (ergibt total eine effektive Steuerbelastung von 14.02% im Kanton Graubünden).</p> <p>Wir begrüssen, dass es für das Finanzdepartement "ausser Frage" steht, dass eine Beibehaltung des heutigen Gewinnsteuersatzes für den Wirtschaftsstandort schädlich wäre und zum Verlust von Unternehmen, Investitionen, Steuersubstrat und vor allem Arbeitsplätzen führen würde.</p> <p>Dennoch empfehlen wir, den Gewinnsteuersatz weiter zu senken, um total einen effektiven Steuersatz von 13% zu erreichen, was den Kanton Graubünden im schweizweiten Vergleich gerade noch knapp in die Top Ten der Kantone bringen würde. Als Peripheriekanton ist es für Graubünden besonders wichtig, sich anzustrengen, um auch in Zukunft Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze für die Bündner Bevölkerung schaffen zu können.</p>
-----------------------------------	--

Erträge aus massgebenden Beteiligungen	<p>Eine Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung von heute 60% (im Privatvermögen) auf neu 70% auf kantonaler Ebene schadet dem Unternehmertum und damit dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Bundesvorgabe verlangt eine Mindestbesteuerung von 50%, sodass die heutige Regelung für im Privatvermögen gehaltene Beteiligungen bereits darüber hinausgeht. Der Kanton Graubünden muss sich auch im Wettbewerb mit anderen Kantonen als unternehmerfreundlicher Kanton hervorheben. Dies wird mit einer Erhöhung der Teilbesteuerung von massgebenden Beteiligungen nicht erzielt.</p> <p>Über diese Mindestforderung des Bundes darf der Kanton Graubünden nicht hinausgehen; die Teilbesteuerung von massgebenden Dividenden ist auf 60% (im Privatvermögen) zu belassen.</p>
Vermögenssteuer auf Patenten	<p>Wir gehen nicht davon aus, dass es viele Personenunternehmen im Kanton Graubünden mit Patenten gibt. Entsprechend dürfte die Einführung einer Halbierung der Vermögenssteuer auf Patenten in der Praxis unseres Erachtens keine relevanten Auswirkungen haben.</p>
Patentbox	<p>Im Vernehmlassungsbericht heisst es, "die Einkünfte aus Patenten und ähnlichen Rechten haben im Kanton keine zentrale Bedeutung, weshalb nur eine mässige Reduktion vorgeschlagen wird". Die Bundesvorgabe lässt eine Ermässigung von Patenteinkünften bis zu 90% zu; der Vernehmlassungsvorschlag schöpft diesen Spielraum mit lediglich 70% nicht aus.</p> <p>Insbesondere vor dem Hintergrund des steten Ausbaus der lokalen Hochschule und Bildungseinrichtungen drängt sich eine darauf abgestimmte steuerliche Förderung von Unternehmen mit eigener Forschung im Kanton Graubünden auf.</p> <p>Die Patentbox erlaubt es den Kantonen, wertschöpfende Unternehmen anzusiedeln und zu fördern, was den Nebeneffekt von zusätzlichen Einkommenssteuern von angesiedelten Forschern im Kanton Graubünden mit sich bringt sowie zusätzliche Lehrstellen und Anstellungsmöglichkeiten für Studienabgänger schafft.</p> <p>Die Patentbox muss verbessert und der volle Rahmen (90% Ermässigung) ausgeschöpft werden. Dass "Einkünfte aus Patenten im Kanton keine zentrale Bedeutung haben", zeigt einerseits, dass eine Erhöhung auf 90% fiskalisch ohne weiteres verkraftbar sein sollten, und andererseits, dass politisch mehr unternommen werden muss, um solche Unternehmen im Kanton zu fördern.</p>

Zusätzlicher Abzug von F&E	<p>Das Departement für Finanzen und Gemeinden geht davon aus, "dass die Erhöhung des heutigen Abzugs für die Bündner Unternehmen nicht von zentraler Bedeutung sein dürfte, weshalb auf diesen zusätzlichen Abzug verzichtet werden soll".</p> <p>Der F&E-Abzug stellt – gleich wie die Patentbox – ein Instrument dar, mit welchem forschende Unternehmen in Graubünden spezifisch gefördert und neue forschungsgetriebene Unternehmen angesiedelt werden können. Die Revision der Unternehmensbesteuerung ist insbesondere auch eine Chance zur Erhöhung der Standortattraktivität des Kantons, was nicht leichtfertig weggewischt werden sollte. Der Kanton Graubünden sollte diese Chance packen und sich als Standortkanton für forschende Unternehmen etablieren. Dazu gehört auch, die Forschung im Kanton steuerlich zu privilegieren.</p> <p>Dies ist insbesondere auch im Interesse unserer Hochschul- und Bildungsstrategie, indem für unsere Lehr- und Studienabgänger im Kanton die Grundlage für neue, interessante Arbeitsplätze geschaffen wird.</p>
Abzug für Eigenfinanzierung	<p>Der Abzug für Eigenfinanzierung findet im Kanton Graubünden keine Anwendung, da die kantonale Steuerbelastung unter der Mindestgrenze für dieses Instrument ist.</p> <p>Selbst wenn ein solcher Abzug im Kanton Graubünden eingeführt werden könnte, wäre er aufgrund der bundesrechtlich vorgegebenen Zinssatzorientierung an zehnjährigen Bundesanleihen im heutigen Zinsumfeld nicht interessant. Eine Ausnahme besteht lediglich für Konzernfinanzierungsgesellschaften, da hier ein höherer Zins für den Abzug angewendet werden könnte. Solche Unternehmen dürften im Kanton Graubünden aber keine zentrale Rolle spielen.</p>
Entlastungsbegrenzung	<p>Wir begrüßen die volle Ausschöpfung der Entlastungsbegrenzung von 70% im Kanton Graubünden. Es ist wichtig, die einzuführenden Entlastungsinstrumente nicht durch eine geringere Entlastungsbegrenzung weiter einzuschränken.</p>
Abschaffung Statusgesellschaften	<p>Die Aufhebung der Statusgesellschaften ist aufgrund des Drucks des Auslands der zentrale Punkt der STAF-Vorlage auf Bundesebene. Zweck ist ein sog. "ring-fencing" von ausländischen Gewinnen in der Schweiz zu vermeiden, also ausländische Gewinne nicht privilegiert zu besteuern, ohne diese Privilegierungen auch für inländische Gewinne zu gewähren. Hinsichtlich Kapitalsteuer von Statusgesellschaften, siehe unten.</p>

Kapitalsteuer	<p>Die Kapitalsteuer im Kanton Graubünden beträgt für ordentlich besteuerte Kapitalgesellschaften heute 0.488% und ist im schweizweiten Vergleich damit hoch. Statusgesellschaften (Holdings) zahlen im Kanton Graubünden heute 0.005% und somit lediglich etwa 1% des Betrags, der für ordentlich besteuerte Gesellschaften gilt.</p> <p>Holdinggesellschaften benötigen wenig Substanz (keine Mitarbeiter und eigene Büros notwendig) und sind daher sehr mobil. Ein Wegzug in einen anderen Kanton mit tiefer Kapitalsteuer lohnt sich insbesondere für Holdinggesellschaften mit grossem Eigenkapital. Der Wegbruch dieser Steuereinkünfte muss verhindert werden.</p> <p>Für die Zwecke der Kapitalsteuer fordern wir deshalb, dass der privilegierte Steuersatz von 0.005% für Statusgesellschaften weiterhin Anwendung findet. Hintergrund der Aufhebung der Statusgesellschaften ist der Druck des Auslands hinsichtlich der Gewinnbesteuerung. Da jedoch die wenigsten Länder auch eine Kapitalsteuer erheben, kann ein privilegierter Steuersatz für die Kapitalsteuer keine schädliche Steuerpraxis sein (Vergleich im Ausland ist schliesslich 0%).</p> <p>Der Kanton Graubünden kennt – anders als andere Kantone – auch keine Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer. Zur Aufrechterhaltung der Attraktivität von Graubünden als Holdingstandort muss die privilegierte Besteuerung des Kapitals von Statusgesellschaften unseres Erachtens daher unbedingt weitergeführt werden.</p> <p>Der Vernehmlassungsbericht sieht neben der Weiterführung der privilegierten Kapitalbesteuerung für Statusgesellschaften eine Entlastung der Kapitalsteuer für Beteiligungen und weitere Aktiven vor, wobei der Steuersatz um bis zu 90% reduziert würde. Wir begrüssen diesen Schritt sehr, um die Standortattraktivität von Graubünden gegenüber anderen Kantonen aufrechtzuerhalten bzw. weiter zu fördern. Eine solche Regelung kann aber die Weiterführung der Privilegierung für Statusgesellschaften nicht ersetzen, da ansonsten auch bei einer Reduktion der Kapitalsteuer um 90% für Statusgesellschaften immer noch eine Mehrbelastung vom Zehnfachen des heutigen Kapitalsteueraufwands für Holdinggesellschaften resultieren würde.</p>
----------------------	--

Sonderbesteuerung nach Wegfall des Steuerstatus	<p>Die Sonderbesteuerung nach Wegfall des Steuerstatus dürfte als Alternative zum sog. altrechtlichen step-up (steuerneutrale Aufwertung bei Statuswechsel mit anschliessender steuerwirksamer Abschreibung) keine relevante Rolle spielen, da künftige Gewinne mit einem Sondersatz besteuert werden statt vollumfänglich mit Abschreibungen verrechnet werden.</p> <p>Das Modell der Sonderbesteuerung hat jedoch den Vorteil, dass die Kapitalsteuer auf der "Aufwertung" nicht anfällt. Für die Alternative des altrechtlichen step-ups ist es daher wichtig, dass die heutige Privilegierung der Kapitalsteuer für Statusgesellschaften weitergeführt wird.</p> <p>Der vorgeschlagene Steuersatz von 0.5% für die Sonderbesteuerung ist unseres Erachtens angemessen.</p>
Gemeinden können Steuerfuss selber festlegen / kein weiterer finanzieller Ausgleich für die Gemeinden	<p>Die Einführung der Selbstbestimmung der Gemeinden hinsichtlich Steuerfuss für juristische Personen begrüssen wir. Unterschiedliche Gemeinden haben unterschiedliche Bedürfnisse und müssen sich entsprechend aufstellen und finanzieren können. Zudem begrüssen wir, dass der Steuerfuss für juristische Personen von den Gemeinden unabhängig vom Steuerfuss für natürliche Personen festgelegt werden kann, was den Gemeinden zusätzliche Flexibilität gibt, die Ausgestaltung des steuerlichen Umfelds für Unternehmen auf die individuellen Bedürfnisse der Gemeinde abzustellen.</p> <p>Hingegen ist auf die Festlegung einer Bandbreite des Steuerfusses zu verzichten. Eine zu starke Steuerbelastung nach oben wird durch die lokale politische Diskussion sowie die wirtschaftliche Wirklichkeit verhindert. Eine Begrenzung nach unten zur Verhinderung eines zu aggressiven Steuerwettbewerbs ist nach dem Vorbild anderer Kantone über die Ausgestaltung des kantonalen Finanzausgleichs zu lösen und nicht durch eine Einschränkung der Selbstbestimmung.</p> <p>Mit dem Instrument der Selbstbestimmung hinsichtlich Steuerfuss werden die Gemeinden unseres Erachtens genügend berücksichtigt, so dass sich kein weiterer finanzieller Ausgleich für die Gemeinden aufdrängt.</p>
Familienzulagen und sozialpolitische Massnahmen	<p>Wir erachten die heutige Ausgestaltung der Familienzulagen und sozialpolitischen Unterstützungen als genügend. Die Revision der Unternehmenssteuern sieht schliesslich keine Kürzung dieser Massnahmen vor. Vielmehr bezweckt diese Teilrevision die Aufrechterhaltung der Standortattraktivität des Kantons Graubündens und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag, Arbeitsplätze im Kanton zu erhalten.</p>

Ausfälle für Kanton von 21.5 Mio. CHF	<p>Die Ausfälle von 21.5 Mio. CHF sind nicht im Vergleich mit heute zu betrachten. Wenn der Kanton Graubünden die Standortattraktivität für Unternehmen nicht aufrechterhält, ist sowohl mit einem Wegzug von Unternehmen und Arbeitsplätzen in attraktivere Kantone zu rechnen, was Graubünden am Ende teurer kommt. Die Teilrevision der Unternehmensbesteuerung bietet auch Chancen, die Aussichten auf Neuansiedlungen zu erhöhen. Entsprechend sind die budgetierten Ausfälle nicht nur zur Abwendung eines schlechteren Szenarios (Wegzug Unternehmen und Arbeitsplätze) sondern auch als Investition in die Zukunft zu sehen.</p> <p>Daher sind die Ausfälle von 21.5 Mio. CHF aus unserer Sicht für den Kanton Graubünden verkraftbar.</p>
--	--

Zusammengefasst fordert die SVP Graubünden:

- Die wirtschaftliche Standortattraktivität des Kantons Graubünden muss aufrechterhalten und gefördert werden. Der zentralste Punkt diesbezüglich ist die Senkung des Gewinnsteuersatzes. Um im schweizweiten Vergleich jedoch noch knapp in die Top Ten vorzustossen, fordern wir, dass der effektive Steuersatz 13% nicht übersteigen sollte; im Vernehmlassungsbericht wird jedoch von einer Senkung auf rund 14% ausgegangen, was im Kantonsvergleich eine Verschlechterung von Rang 12 (heute) auf Rang 19 (nach Senkung der kantonalen Gewinnsteuern) darstellt.
- Die Bundesvorlage ermöglicht den Kantonen, insbesondere Unternehmen mit eigener Forschungsabteilung im Kanton zu fördern. Wir fordern, dass der Spielraum hinsichtlich Patentbox (max. 90% Ermässigung) und zusätzlichem Forschungs- und Entwicklungsabzug (150%) im Kanton Graubünden voll ausgeschöpft wird. Dies fördert namentlich auch die Ansiedlung neuer Unternehmen und schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze im Kanton. Insbesondere auch im Hinblick auf die Förderung der Bündner Hochschul- und Bildungseinrichtungen ist eine darauf abgestimmte Unternehmenssteuerstrategie wichtig, um auch künftig erfolgreich zu sein.
- Da die ordentliche Kapitalsteuer im Kanton Graubünden sehr hoch ist, ist es umso wichtiger, die heutige Privilegierung der Statusgesellschaften weiterzuführen. Eine Reduktion lediglich um 90% durch Entlastung auf Beteiligungen und anderen Aktiven würde Holdinggesellschaften verglichen mit heute immer noch mit einer rund zehnfach höheren Kapitalsteuerbelastung treffen. Insbesondere da diese Gesellschaften sehr mobil sind, muss eine Abwanderung dieses Steuersubstrats in attraktivere Kantone vermieden werden.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit der Stellungnahme und die Beachtung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

SVP Graubünden

Reto Rauch, Parteisekretär